

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Hermann
Kunze, Postfach 100, 80011
Schulstr. 1, Dresden-Neustadt

Belegpreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2.30 RM, einschließlich 70 Wfg. für Zinsen
lohn, durch Belegung 2.30 RM, einschließlich 50 Wfg. Belegpreis (ohne Belegungsgebühr) bei
7 mal wöchentlichem Versand. Vierteljahr 10 RM, halbjährlich 18 RM, einjährig 30 RM, bei
Jahresabnahme 300 Wfg., die 50 mal teure Belegungsgebühr 100 Wfg., außerdem 250 Wfg.
ab. Anzeigenpreise lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wfg., außer-
halb 25 Wfg. Offertengelder 30 Wfg. Kündigungsfrist 14 Tage. Rücknahme ohne Begründung.

Dresd. u. Berol. Druck- & Verlags-
Anstalt, Postfach 100, 80011
Schulstr. 1, Dresden-Neustadt
(Dresden, Neust.) 10011, Ueberlände
Schulstr. 1, Dresden-Neustadt

Die Schwierigkeiten der Donau-Konferenz

Sabotageversuche der Pariser Presse

Paris, 30. März. Das endgültige Zustandekommen der Begegnung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem finnischen Ministerpräsidenten Mäkelin und dem englischen Außenminister Macdonald und dem englischen Außenminister sowie dem britischen Schatzminister andererseits wird von der Pariser Presse mit ganz besonderer Ungunst aufgenommen. Man versucht aus der amtlichen Verlautbarung, die das französische Außenministerium am Dienstagabend verbreitete, die Schlussfolgerung zu ziehen, daß überhaupt niemals die Rede davon gewesen sei, diese Ausdrücke der zwei Mächte durch eine Vierzerkonferenz zu erledigen, sondern daß beide Vierzerkonferenzen von vornherein ganz getrennte Angelegenheiten gewesen seien.

Der Zweck des Wanders ist der, die ruhige und freundschaftliche Atmosphäre wiederherzustellen, die durch die Initiative Macdonalds zwischen Frankreich und England in den letzten Tagen eine Störung erfahren hatte.

Was die Vespersionen selbst angeht, so betont man, daß neben dem Plan der Schaffung eines Donau-Bundes die Reparationsfrage und die Frage der Solidarität Hauptgegenstand des gegenseitigen Meinungsaustausches sein werden. Das „Journal“ glaubt sogar allen Grund zur Annahme zu haben, daß die beiden Ministerpräsidenten nicht verüben werden, sich über die Gefahren zu unterhalten, die für ganz Europa die Ausbreitung des Nationalsozialismus bedeuten. Vertinax betont im „Echo de Paris“, Rom und Berlin würden sich auf der bevorstehenden Vierzerkonferenz mit den Weisheitsabkommen vornehmen, die sie mit Desterreich, Ungarn und Rumänien abgeschlossen hätten und die morgen vielleicht schon auch mit der Tschechoslowakei Tatkraft werden könnten.

Aufgabe Tardieus sei es, zu erreichen, daß der gegenwärtige Plan nicht zu verwickelten sei, wenn Deutschland und Italien die gleichen Rechte für sich beanspruchten wie die fünf Donauländer.

Die „Cere Nouvelle“ herrscht entgegen, von der Voraussetzung einer französisch-englischen Verständigung ausgehend, ein Bild von der kommenden Entwicklung der Dinge. In dem Werk werde man die Organisierung des Donaubundes genauestens prüfen und alle interessierten Mächte dazu heranziehen. Diese Prüfung werde ohne selbstsüchtige und nationalstille Hintergedanken auf der Grundlage der gemeinsamen französisch-englischen Richtlinien vor sich gehen und nur den Interessen des Friedens und der europäischen Zusammenarbeit Rechnung tragen. „Populaire“ stellt fest, Tardieu habe, weil er Deutschland ausschalten wollte, Frankreich isoliert. Es sei ihm höchstens gelungen, einen

englisch-italienisch-deutschen Block gegen Frankreich

zu bilden. „Avenir“ schreibt, der Partisaner Macdonald werde versuchen, Tardieu hinaulen, weil das in seiner Natur liege und weil er die Franzosen verabscheue. Das werde ihm aber nicht gelingen. Die Vierzerkonferenz sei notwendig, denn man müsse wissen, was Deutschland und Italien beabsichtigen. Mit ein wenig gutem Willen auf beiden Seiten, in erster Linie bei Deutschland, werde man auf eine praktische Europa-Union aufbauen können.

Keine Beschränkung auf den Donauplan

London, 30. März. Die englische Presse befaßt sich auch heute mit dem Donauplan und der Viermächtekonferenz. Der „Times“ zufolge hat Macdonald schon seit einiger Zeit eine Zusammenkunft mit Tardieu gewünscht. In Regierungskreisen herrsche allgemein die Auffassung, ein persönlicher Meinungsaustausch zwischen dem Premierminister beider Länder über die jetzige Lage in Europa werde von größtem Wert sein. Auch nimmt man an, daß

die Vespersionen nicht auf den Donauplan beschränkt sein sollten. Die britische Regierung hoffe, es werde möglich sein, zunächst eine Konferenz der vier Großmächte und dann eine Konferenz der Donaumächte abzuhalten. Auf der ersten Konferenz sollten die Grundlinien eines allgemeinen Planes vorzeichnet werden, auf dem dann die Konferenz der Donaumächte aufbauen könne. Die dringende Notwendigkeit einer schnellen Hilfe werde es hoffentlich ermöglichen, die Viermächtekonferenz bereits für nächste Woche einzuberufen. — Diese Erklärung findet sich auch in den anderen Blättern. „Daily Herald“ schreibt:

Hinter Tardieus Donauplan steht die politische Absicht, eine französische Herrschaft über das Donaugebiet zu errichten und der deutschen Durchdringung eine Schranke entgegenzusetzen.

Ihr wirtschaftlichen Seite des Planes bemerkt das Blatt, daß das grundlegende Uebel der Donaumächte der Zusammenbruch der Bauernschaft sei. Diesem Uebel aber würde Tardieus Plan keineswegs Abhilfe oder Beseitigung bringen.

Ruhige Auffassung in Berlin

Berlin, 30. März. Es steht nunmehr fest, daß Deutschland auf der sogenannten Donaukonferenz in London durch den Staatssekretär v. Hilow vertreten sein wird. Der Reichsfinanzminister war zwar bereit, seinen Oberlauf zu verkürzen, um noch in dieser Woche nach London zu fahren, und hat dies auch zu erkennen gegeben. Dieser Vorstoß ist jedoch nicht annehmbar gewesen, weil der italienische Außenminister erst nach dem 1. April wieder in Rom eintrifft. In einem späteren Zeitpunkt ist der Kanzler jedoch infolge des Kampfes um die Reichspräsidentenwahl in Deutschland unabhändig.

Staatssekretär v. Hilow wird sich voranschicklich Mitte nächster Woche nach London begeben. Lediglich dürfte auch der französische Ministerpräsident Tardieu bereits Anfang nächster Woche sich wieder nach Paris begeben, so daß Frankreich auf der Konferenz der vier Großmächte nur durch den Finanzminister Mäkelin vertreten sein dürfte.

In Berliner unterrichteten Kreisen mißt man im Abriß der Londoner Konferenz keine entscheidende Bedeutung bei. Man unterstreicht, daß es sich nur um eine Vorkonferenz handle, während die eigentlichen Entscheidungen über die Hilfsmassnahmen für die Donaumächte voranschicklich erst auf einer Konferenz in Genf Mitte des Monats Juli hätten stattfinden, zu der voraussichtlich sich dann auch der Reichsfinanzminister begeben wird. — Auch die Londoner Vespersionen Tardieus und Macdonalds hält man in unterrichteten Kreisen nicht für übermäßig bedeutungsvoll. Nach dem gesamten Stand der Sachlage wird angenommen, daß diese Vespersionen lediglich zu einer Vertiefung des persönlichen Kontaktes zwischen Tardieu und Macdonald dienen, aber kaum zu irgendwelchen praktischen politischen Ergebnissen führen wird.

Die Reichseinnahmen im Februar

Berlin, 30. März. Im Februar 1932 betragen (in Millionen Reichsmark) die Einnahmen des Reiches bei der Besitz- und Verbrauchssteuer 306,8, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 192,8, zusammen 500,1. In den Februar liefen die Zahlungstermine für die Vorauszahlungen auf die Vermögenssteuer und die Aufbringungsumlage 1931. Außerdem wirkten sich im Februar ebenfalls die Erhöhung der Umsatzsteuer sowie die neueingeführte Umsatzabgleichssteuer aus. Gegenüber Februar 1931 sind, ohne Berücksichtigung von 1,3 der mit dem 1. Februar 1931 aufgehobenen Reichshilfe, im Februar 1932 an Besitz- und Verbrauchssteuer 30, an Zöllen und Verbrauchsabgaben 32,7, insgesamt 71,7 weniger ausgefallen. Das Aufkommen in diesen beiden Monaten ist aber nicht ohne weiteres vergleichbar, weil in der Zwischenzeit in sehr wesentlichen Punkten Veränderungen in der Gesetzgebung eingetreten sind. So ist z. B. die Krisensteuer neu eingeführt die Umsatzsteuer erhöht und andererseits die Aufbringungsumlage gegenüber dem vorigen Jahre gesenkt worden.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April 1931 bis 29. Februar 1932.

In den ersten elf Monaten des laufenden Rechnungsjahres sind danach ausgefallen insgesamt rund 7 072 815 338 Reichsmark, davon an Besitz- und Verbrauchssteuern 4 425 887 575 RM, und an Zöllen und Verbrauchsabgaben 2 546 927 763 RM.

Unter den Besitz- und Verbrauchssteuern sind ausgefallen unter anderem: Einkommensteuer rund 1 020 551 710 RM, Umsatzsteuer 907 145 000 RM, Vermögenssteuer 368 010 000 RM, Körperschaftsteuer 253 268 000 Reichsmark, Krissensteuer 170 615 000 RM. Die Reichsluftsteuer hat 1 024 525 RM, ergeben. — Die Einnahmen aus

Deutsch-französische Wirtschaftsbesprechungen

Paris, 30. März. Am 11. April tritt in Paris unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Unterstaatssekretärs Signoux ein Unteranschuß des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses zusammen, der sich in erster Linie mit Kontingenzfragen und verschiedenen Änderungsanträgen für den deutsch-französischen Handelsvertrag befassen wird. Französischerseits nehmen an den Verhandlungen neben dem Präsidenten des Ausschusses der Kammer Etienne Foucher, der Präsident des Verbandes für französische Erzeugung Duchemin, sowie der Direktor der Wirtschaftsabteilung am Quai d'Orsay, Coulon dre, teil. Deutschland wird durch Staatssekretär Trendelenburg, Staatssekretär a. D. Simson, Ministerialdirektor Ritter, das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Lammer und einige andere Persönlichkeiten der Industrie vertreten sein.

Ausschluß Irlands von der Weltreichskonferenz?

London, 30. März. Nachrichten aus Ottawa zufolge besteht, wie „Daily Express“ meldet, die Absicht, dem irischen Ministerpräsidenten de Valera oder seinem Vertreter einen Sitz auf der im Juni stattfindenden Weltreichskonferenz zu verweigern, falls die irische Regierung ihre Absicht, den Treueid abzuschaffen, zur Durchführung bringen sollte. — Aus Dublin wird gemeldet: Das irische Kabinett hat am Dienstagnachmittag in einer Sonder Sitzung der von de Valera entworfenen Antwort auf die englische Note bezüglich des Treueides und der jährlichen Entschädigungszahlungen zugestimmt. Die Antwort wird voraussichtlich am Mittwochabend nach London abgehen.

Ein neuer Balkanandal

Sofia, 30. März. Bulgarische Zeitungen veröffentlichten Darlegungen eines in Südwesten lebenden Bulgaren, namens Petroff, der sich Solioter Zeitungsredaktionen mit dem Einverständnis gestellt hat, daß er von südbulgarischen Volksvertretern beauftragt gewesen sei, den bulgarischen Professor Giosoff, den Führer der westbulgarischen Minderheiten, zu erwidern. Petroff teilt weiter mit, daß er weisungsgemäß in Sofia zunächst das südbulgarische Konsulat aufsucht habe. Von dort sei er an den südbulgarischen Militärattaché verwiesen worden. Er habe inhaftet 2000 Lewa und Anweisungen für seine Rückbeförderung über die Grenze nach Auslieferung der Tat erhalten. Auch die Nordwölfe, eine Parabelgruppe, sei ihm ausgeliefert worden. Als Belohnung für die Tat seien ihm 200 000 Dinar in Aussicht gestellt worden. — Die amtlichen Stellen haben zu den Veröffentlichungen Petroffs bisher in keiner Weise Stellung genommen. Der Eindruck in der Öffentlichkeit ist groß.

Bereinfachung der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 30. März. Auf Grund ihrer Ermächtigung durch die zweite Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat die Reichsregierung am 21. März eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung erlassen, die am 18. April 1932 in Kraft tritt. Diese Verordnung soll vor allem die Verwaltung auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vereinfachen, soweit dies möglich ist, ohne wesentliche Grundzüge des Gesetzes anzutasten. Der Vorstand ist in Zukunft nicht mehr, wie bisher, eine neben dem Verwaltungsrat stehende Körperschaft mit eigener Zusammenlegung, sondern wird aus den Beisitzern des Verwaltungsrates selbst gebildet. Gleichartig übernimmt er die Aufgaben des Verwaltungsrates, die zur Geschäftsführung der Reichsanstalt gehören, während die Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung nach wie vor dem Verwaltungsrat vorbehalten. Aus Vereinfachungs- und Verbilligungsgründen wird die Zahl der Mitglieder des Vorstandes, des Verwaltungsrates und der Verwaltungsausschüsse bei den Arbeitsämtern herabgesetzt und die Zahl der Tagungen dieser Organe auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt.

Am materiellen Recht der Arbeitslosenversicherung nimmt die Verordnung nur geringfügige Veränderungen vor. Zu diesen gehört die Vorschritt, wonach Beiträge und Teile von Beiträgen, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet worden sind, für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse künftig nicht mehr zu berücksichtigen sind.

Lebensmittelunruhen in Moskau

Moskau, 30. März. Auf die Nachricht, daß der Butter-Truck einen größeren Vorrat an Lebensmittelkarten verkaufe, krümmten Frauen, die seit ungefähr vier Monaten mit ihren Familien keine Butter mehr gesehen hatten, in Scharen vor das Verkaufsgelände im Zentrum Moskaus. Für die dort vorhandene Butter wurden jedoch sieben Rubel anstatt des bisher üblichen Preises von zweieinhalb Rubel für das Pfund verlangt. Darüber gerieten die Frauen in eine solche Erregung, daß sie sämtliche Scheiben und Einrichtungsgegenstände des Verkaufsladens in Stücke schlugen und die Verkäufer mißhandelten. GPU-Truppen gingen gegen die Frauen vor und gerieten sie mit Gewalt. Zahlreiche Frauen wurden hierbei verletzt. In ähnlichen wüsten Szenen kam es vor dem Butter-Truck.